

## Buchbesprechungen

*Aikyô, Masanori* (Hrsg.): *Ajia-hô Gaidobukku*. The Handbook of Asian Legal Systems. Nagoya: Nagoya Universitätsverlag 2009. ISBN 9784815806224. 437 S. 3.800 ¥.

Rechtsvergleichung und Auslandsrechtskunde werden in Japan immer wichtiger und auch immer differenzierter. Während die klassische japanische Rechtsvergleichung sich vor allem mit den europäischen und nordamerikanischen Rechtsordnungen beschäftigt, von denen das Land einzelne Teile seines Rechtssystems übernommen hat, richtet sich der rechtsvergleichende Blick Japans seit ein bis zwei Jahrzehnten zunehmend auch auf Asien. Die politische Öffnung des Inselstaates gegenüber der Region wird von einem wachsenden rechtswissenschaftlichen Forschungsinteresse begleitet. Inhaltlich rückt hierbei die öffentlich-rechtliche Rechtsvergleichung stärker als bisher in den Fokus, auch wenn Privat- und Wirtschaftsrecht weiterhin dominieren.

Beide Trends in der japanischen Rechtsvergleichung – die Zunahme der asiatischen Nachbarn und die Erweiterung um das öffentliche Recht – kommen in dem vorliegenden von *Masanori Aikyô* edierten Sammelband zum Ausdruck. Der Herausgeber ist der Leiter des “Centre for Asian Legal Exchange” (CALE) der Universität Nagoya. (Die englischsprachige Fassung der Webseite dieses Forschungszentrums kann unter [http://www.cale.nomolog.nagoya-u.ac.jp/index\\_E.php](http://www.cale.nomolog.nagoya-u.ac.jp/index_E.php) eingesehen werden.) Es ist kein Zufall, dass sich die neueren Trends der japanischen Rechtsvergleichung in Nagoya bündeln. Diese Universität leitete vor etwa zwei Jahrzehnten die intensivste Beschäftigung mit den Rechtsordnungen Ost- und Südasiens ein, und ihre juristische Fakultät gründete das CALE. Dort wird nicht nur Rechtsvergleichung betrieben, sondern zugleich auch die japanische Rechtsberatung im Ausland wissenschaftlich begleitet, weshalb sich angesichts der zahlreichen Beratungsprojekte zum öffentlichen Recht ein solcher thematischer Schwerpunkt herausbilden konnte. Zugleich ist das CALE Anlaufstelle für die zahlreichen Gastwissenschaftler und -studierenden aus den Nachbarländern, die durch Stipendienprogramme an die Universität Nagoya kommen. Das vorliegende Handbuch ist die Frucht dieser Forschungs-, Austausch- und Beratungsaktivitäten der vergangenen Jahre.

Es enthält nach einer Einführung insgesamt 14 Länderberichte zu Ost-, Südost- und Südasiens. In dem ersten Teil zu Ostasien werden die VR China, Südkorea, Taiwan und die Mongolei behandelt. Der folgende Abschnitt zu Südostasien enthält Kapitel zu Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Thailand, Malaysia, Laos und sogar zu Myanmar. Im Rahmen von Südasiens

ZaöRV 70 (2010), 819-829

schließlich gibt es Berichte zu Indien, Pakistan und Bangladesch. Die Auswahl der behandelten Rechtsordnungen ist repräsentativ, aber nicht erschöpfend, und erklärt sich jedenfalls teilweise durch die Auslandskontakte des CALE. Die nicht behandelten Staaten – es fehlen nicht nur kleinere Länder wie Singapur, Brunei oder Osttimor, sondern auch “Schwergewichte” wie die Philippinen oder Sri Lanka sowie das auch für japanische Forschungen recht unzugängliche Nordkorea – waren meist in den letzten Jahren keine Forschungs- und Kooperationspartner des CALE. Hervorzuheben ist andererseits, dass Myanmar in einem fast 20-seitigen Beitrag behandelt wird, der eine außerhalb Myanmars ansonsten kaum anzutreffende Fülle aktueller Informationen über das Verfassungs- und Rechtssystem des Landes bereit hält. Die hierfür notwendigen Informationen stammen nicht zuletzt von den burmesischen Gaststudierenden in Nagoya, von deren Materialien und Unterlagen die Autorin des Beitrags, *Emi Makino* – auch eine Mitarbeiterin des CALE –, profitieren konnte.

Die einzelnen Länderbeiträge sind im Wesentlichen ähnlich aufgebaut und konzentrieren sich entgegen dem breiter angelegten Buchtitel v.a. auf das Verfassungsrecht und das Justizsystem. Sie beginnen mit einer landeskundlichen Einführung und einem Überblick über die Rechtsgeschichte. Es folgt eine Einführung in das Staatsorganisationsrecht und die Justizorganisation, gefolgt von Darstellungen zu den Rechtsquellen und dem Gesetzgebungsverfahren. Weitere Punkte widmen sich der Rechtswissenschaft und der Juristenausbildung, dem Publikationswesen und den Internetquellen sowie den Rechtsreformen in den genannten Bereichen. Insgesamt erhält der Leser so einen Einblick in die Grundstrukturen der Staatsorganisation, der Justiz und der Basisinstitutionen der Rechtsordnung sowie in die Zugangswege zu weiteren Informationen. Alle diese Informationen sind aktuell und präzise, wenn auch bisweilen recht kurz. An manchen Stellen würde sich der Leser vertiefte Darstellungen wünschen. Allerdings versetzen ihn die zahlreichen Hinweise zu Print- und elektronischen Medien in die Lage, selbstständig weiter zu recherchieren.

Der zweisprachige Buchtitel ist insofern trügerisch, als sämtliche Beiträge ausschließlich in Japanisch abgefasst sind; es gibt noch nicht einmal eine englische Zusammenfassung. Dennoch ist der Band auch für eine deutschsprachige Leserschaft nicht ganz nutzlos. Da ein Schwerpunkt auf der Zugänglichmachung von Informationswegen liegt, enthält jeder Länderbericht im Fließtext und in den Endnoten zahlreiche Hinweise auf weiterführende Literatur, die in lateinischer Schrift aufgeführt sind, falls sie in einer europäischen Sprache erschienen ist. Auch die zahlreichen Internetadressen können dem Band ohne sprachliche Schwierigkeiten entnommen werden. In wel-

chem Länderbericht er sich befindet, erkennt der Leser an der Landkarte, mit der jeder Bericht beginnt, oder auch an dem Länderkürzel der angeführten Internetadressen. Gerade in Bezug auf die Staaten, die für die rechtsvergleichende Forschung zu den schwerer zugänglichen zählen – auf Myanmar wurde bereits hingewiesen, aber auch Laos oder Kambodscha wird man hierzu rechnen können –, bieten die auch einem deutscher Leser erkennbaren Quellenhinweise wertvolle Hilfe bei der Erschließung von Rechtsinformationen.

*Herbert Küpper, München*

**Buffard, Isabelle/Crawford, James/Pellet, Alain/Wittich, Stephan (eds.): International Law between Universalism and Fragmentation. Festschrift in Honour of Gerhard Hafner.** Leiden: Brill 2008. ISBN 9789004167278. xlvii, 1083 p. € 195,- / US\$ 312,-

In the words of *Gerhard Hafner*, “[f]ragmentation reflects the present multilayer situation of international law (including the emancipation of the individuals), may induce States to comply with international law more rigorously, and may contribute to a progressive development of international law, but [f]ragmentation also creates problems”. (*Gerhard Hafner*, Pros and Cons Ensuing From Fragmentation of International Law, *Mich. J. Int’l L.* 25 (2004), 849, at 862).

In his long career as an academic scholar, diplomat, legal advisor and arbitrator, Professor *Hafner* significantly contributed to the “bright side” of fragmentation, as set out in the introductory quote. As a true generalist, he managed to counterbalance the negative side of fragmentation through his impressive knowledge of both theory and practice in the field of public international law. This *Festschrift* was published on the occasion of his 65<sup>th</sup> birthday and his retirement as Professor of International Law at the Law Faculty of Vienna University.

The book is a reflection of Professor *Hafner’s* outstanding erudition in diverse areas of public international law as no less than 53 eminent authors (friends, colleagues and former students) have contributed to the compilation of this *Festschrift*, thereby focusing on topics on which his work has been particularly influential. The fact that contributions to the book were made in three languages (English, French and German) might provide somewhat of a challenge to some readers – although for scholars of the caliber of Professor *Hafner*, this provides no difficulty at all. As this impressive volume consists of such a large number of chapters, this reviewer has made a conscious choice not to list contributors by name, but instead to focus on the content and the common themes of the book.

ZaöRV 70 (2010)

The introduction provides for a rare personal and touching insight into the life and career of *Gerhard Hafner*. In the first part on “Fragmentation and Theory of International Law”, the authors examine the existence of hierarchy and subsystems within international law, the rule of law and compliance, the concept of international community and the proliferation of dispute settlement mechanisms. This is followed by a part on the “Basic Principles of International Law”, where the focus is on principles such as equity, democratization and non-discrimination. Part three draws the attention of the reader to the “Sources Including Codification of International Law”, revisiting the *pacta sunt servanda* rule, the concept of soft law and an insider’s view on the impact of the work of the International Law Commission. The next part sheds new light on the theme of “Subjects of International Law and Immunities”, by re-assessing the established international rules in this field on recent situations such as the independence of Kosovo, the status of the Organisation for Security and Cooperation in Europe and the 2004 UN Convention on State Immunity.

The next sections of this work focus on specific subareas of international law, starting with a part on “International Criminal Law”. Also contentious issues such as the relationship between individual and State responsibility, the interrelationship of international criminal and humanitarian law, the irrelevance of official capacity and the prospects for international prosecution, are not avoided. The subsequent part examines another important subarea, namely “Human Rights and Humanitarian Law”. The emphasis lies mainly on the European human rights system, although an interesting “excursion” is made to the extraterritorial application of human rights treaties. Some innovative proposals are put forward concerning the deregulation of humanitarian aid and the influence which human rights could exert on international law.

A rather short part seven deals with the “Law of the Sea and the Environment”, tackling specific issues such as the situation of landlocked developing countries and liability for environmental damage in Antarctica, as well as broader problems relating to implementation and enforcement. The following part elaborates more extensively on “International Dispute Settlement”, focusing mostly on the International Court of Justice – its judicial functions, pleading styles before the ICJ and two particular cases. Two chapters look at dispute settlement from a wider angle, assessing compliance and the concept of a “legal dispute”.

The topic of the final part is “European Law”. It is becoming rare to find a section on EU law in contemporary international law volumes such as this one but also for international lawyers, it is instructive to read for example

how the concurrent jurisdiction of the Court of Justice of the European Union and international tribunals might result in (or be perceived as) a “struggle for exclusiveness”.

It is hard to formulate any criticism whatsoever on this book as the number and quality of all contributors ensures a very balanced and multifaceted approach towards the general theme of the book.

If one is nevertheless pressed to name one slightly disappointing factor, it would be that there is no section dedicated to the growing field of international economic law. In particular with regard to international trade and foreign investment law, important developments have taken place during the career of Professor *Hafner* – an importance which was predicted and understood by him. For example, as Associate Professor of International Law, he was awarded the “*venia legendi*” by the Law Faculty of Vienna University for the subject “International Law and International Economic Law” (Study on “The Status of the Landlocked State within the Distributive System of the Law of the Sea with Particular Regard to the Exclusive Economic Zone” – “Binnenstaat in der Verteilungsordnung des Internationalen Seerechts – am Beispiel der Wirtschaftszone”; published in 1987 as “Die seerechtliche Verteilung von Nutzungsrechten: Rechte der Binnenstaaten in der ausschließlichen Wirtschaftszone” (Springer-Verlag)).

However, notwithstanding the fact that there is no section on international economic law as such, several contributions (“The Proliferation of International Dispute Settlement Mechanisms: The Threat of Fragmentation vs. the Promise of a More Effective System? Some Reflections from the Perspective of Investment Arbitration”; “The Principle of Non-Discrimination in International Economic Law: A Conceptual and Historical Sketch”) do touch upon international economic issues relating to fragmentation and universalism under the umbrella of more general chapters.

In conclusion, this comprehensive work pays an excellent and fitting tribute to one of the most important figures in contemporary public international law, but is moreover also a source of inspiration for further scholarship on the issue of the pull towards division as well as unity, fragmentation as well as universalism. To finish this review as it started, in the words of *Gerhard Hafner*, “[a]lthough the international legal system already provides certain solutions to the problems [caused by fragmentation], only when the international community is made fully aware of such problems can the disintegrative effect of fragmentation be eliminated” (*G. Hafner*, Pros and Cons Ensuing From Fragmentation of International Law, *Mich. J. Int’ L.* 25 (2004), 849, at 863).

If anything, this book certainly makes an important contribution towards the creation of such awareness.

*Freya Baetens, Leiden*

**Cimiotta, Emanuele: I tribunali penali misti.** Padova: Cedam 2009. ISBN 978-8813280702. xx, 622 p. € 58,-

This book is the result of an in-depth, complete research work focused on the relatively recent phenomenon of “Mixed Criminal Tribunals”. While young, the author is a highly competent scholar. This volume is part of a collection directed by Professor *Paolo Picone*.

The assessment focuses on dealing with judicial organs established over the last decade, those relating to international criminal matters, such as the Special Panels for Serious Crimes in East Timor, the Regulation 64 Panels in Kosovo, the Special Court for Sierra Leone and the Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia. The author leads an attentive analysis on each of the above mentioned Courts and aims at verifying whether they can be looked at as being part of a new and autonomous category. Even though relying on a normative reconstruction appears to be persuasive at first sight, one needs to ask himself whether this outcome is a result of a hasty assessment of the Tribunal’s facets, based, for the larger part, on fundamentally descriptive criteria. This paper shall argue that the elements on whose basis the legal literature singles out an independent class of criminal judicial authorities are misleading.

In the first chapter the author clarifies some crucial preliminary issues, such as the main features of the judicial institutions considered in this assessment and the limits inherent to the prosecution of international crimes. After having introduced the reader to his work, he proceeds to examine what are the theoretical problems raised by the creation of mixed criminal courts. In the second chapter he begins to consider, from a critical examination, the existence of a fixed and autonomous “normative category” liable to be placed beside the institutional paradigms currently working in the field of international criminal justice: national jurisdictions and international jurisdictions. Commencing from a formal perspective, the author identifies the elements required for a Court to be considered international, namely the influence of the United Nations as far as the creation and the functioning of the judicial institution is concerned and the applicable law being exclusively composed of international norms concerning the so called “*crimina iuris gentium*” (p. 117). Furthermore, the analysis is conducted by means of a new method, based on the fact that the international legal order is the ultimate recipient of the effects of the body’s judicial activity, the so called “*cri-*

*terio dell'ordinamento attributivo dell'autorità giurisdizionale*" (i.e. the criterion of the legal order within which the Tribunal's judgment takes its competence). Valuable is also the attention given to the issue of coercive mechanisms designed to obtain judicial cooperation and assistance by national states, at the request of international Tribunals and the International Criminal Court.

In the third chapter *Cimiotta* considers what he calls the "secondary variables", which can be used to reconstruct the Mixed Criminal Tribunals experience. Particularly, he refers to and analyzes the organizational structure of the relevant courts (section A), as well as their *ratione materiae* (section B), *ratione personae, temporis* and *loci* jurisdiction (section C). The majority of legal scholars tend to describe these organs as a self-contained category – called "Mixed Criminal Tribunals" – stressing their organizational structure and judicial competence as conclusive criteria. In particular, according to the prevailing legal reasoning this would depend on the fact that these entities are partly composed of judges, prosecutors and personnel who are nationals of the country where the Tribunal is established, partly of analogous figures with foreign citizenship appointed at the international level; furthermore they apply substantive and procedural rules which are rooted both in the territorial state's law and in international treaty and customary law. Moreover, this classification would follow from the Tribunals' location in the territories where the offences within their jurisdiction were perpetrated. The investigation conducted by the author into the structural characteristics of each mixed criminal Court is particularly important for a comprehensive understanding of these new institutions.

Chapter 4 then investigates the "primary variables" relevant to assess whether the above mentioned normative reconstruction can be relied on or if this outcome flows from a precipitous evaluation of each Tribunal's features, and from an analysis influenced by requirements merely descriptive in character. Therefore the author considers the juridical nature of these institution (section A), reaching the conclusion that, from a formal point of view, these Courts are national bodies which differ from one another as far as a different degree of internationalization is concerned, creating a variety of organizational and institutional models. On the other hand, on a substantial level, these organs exercise a specific function within the international legal system (since they aim at protecting certain essential values of the International Community as a whole, both in a basically effective and in a much-awaited preventive way), being linked to post-conflict peace-building activities undertaken by the UN in the territories where they are constituted (in particular, to those activities which are meant to restore the rule of

law for the benefit of war-torn societies, fostering national reconciliation processes and training local lawyers in the prosecution of *crimina iuris gentium*) (section B and section C).

The author maintains that it is more appropriate to look at each one of these Courts as characterized by a specific level or degree of internationalization. This degree of internationalization depends on a different balancing between “internal component” and “international component”, which considerably distinguishes it from the others, but also on the different context within which each tribunal is supposed to exercise its functions. These bodies are meant to prosecute and punish those most responsible of human rights violations perpetrated in the country and, in the long run, to enable states to carry out themselves impartial and efficient trials, according to international standards of due process.

Pursuant to the author’s idea as it is expressed in this book, the essence of these Mixed Criminal Tribunals lies within the fact that, even though they are internal courts from a material point of view, they participate in the UN post-conflict peace-building activity and they perform a function in the interest of the general population. Only if we look at the phenomenon from this perspective we can consider these judicial bodies as being part of an autonomous category.

In conclusion *Cimiotta* points out that in the recent practice we can notice an instrumental use of this model for a different purpose than the one which brought about its development. The author shows how the Iraqi High Tribunal, the War Crimes Chamber in Bosnia and Herzegovina and the Special Tribunal for Lebanon can be looked at as a sort of “degeneration” of the Mixed International Tribunals’ typical organizational structure, which ultimately led to the uncritical multiplication of different forms of courts (section D).

As a final remark it is worth mentioning the general complexity of this research work, the quality of the analysis and the number of variables taken into account to examine the different tribunals. In conclusion, the scientific value and competence of a scholar who engaged in such a valuable study with passion and commitment cannot be denied

*Margherita Salvadori, Torino*

***Petrétei, József: Az alkotmányos demokrácia alapintézményei*** [Grundinstitutionen der verfassungsmäßigen Demokratie], Budapest/Pécs: Dialóg Campus Kiadó 2009. ISBN 9789639542495. 472 S. 6500,- Ft

Nach seinem dreibändigen Werk über das ungarische Verfassungsrecht (*Petrétei, József: Magyar alkotmányjog* [Ungarisches Verfassungsrecht], 3



Bde [Grundlagen; Staatsorganisation; Grundrechte], Budapest, Pécs 2002, 2001, 2006; dazu s. die Rezensionen in *Osteuropa-Recht* 2003, S. 182-183, und 2006, S. 416-417) hat *József Petrétei*, Professor für Verfassungsrecht an der Universität Pécs und ehemaliger Minister für Justiz und öffentliche Ordnung der Republik Ungarn (2006-2007), nunmehr ein weiteres Grundlagenwerk vorgelegt. Es behandelt die wesentlichen Züge des demokratischen Verfassungsstaates abstrakt, d.h. nicht speziell auf Ungarn bezogen, und bewegt sich damit im Grenzgebiet von Allgemeiner Staatslehre, Vergleichender Regierungslehre und öffentlich-rechtlicher Rechtsvergleichung. Zu diesem Zweck wertet *Petrétei* nicht nur das ungarische Schrifttum umfassend aus, sondern bezieht in weitem Maße auch ausländische Standardwerke mit ein, wobei den wichtigsten Referenzpunkt das deutsche Schrifttum bildet. Nicht nur in den Fußnoten, auch in der Gedankenführung schimmert immer wieder die profunde Kenntnis des Autors von der deutschsprachigen Rechtswissenschaft durch.

Das Buch beginnt mit einem ersten Kapitel über die Demokratie, in dem Begriffe und Konzepte geklärt werden. *Petrétei* legt einen breiten Demokratiebegriff zu Grunde, um auf dieser begrifflichen Ebene nicht schon zu unnötigen Einschränkungen des Untersuchungsgegenstandes zu kommen. Das zweite Kapitel leistet eine vergleichbare begriffliche und konzeptionelle Klärung für "Verfassung" und bietet einen Überblick über die Definitionsversuche, die europäische Ideengeschichte, die Typologie und die Klassifizierungen, die Funktionen von Verfassung und Verfassungsstaatlichkeit sowie über die Textstruktur von Verfassungen. Dem dritten Kapitel über die Verfassungsmäßigkeit und Verfassungsinterpretation liegt trotz des Anspruchs des Autors, die Dinge losgelöst und allgemein gültig – jedenfalls mit Gültigkeit für die Verfassungssysteme europäischen Typs – zu betrachten, an vielen Stellen eine spezifisch ungarische Sicht der Dinge zugrunde. So konzentrieren sich die Darstellungen zu den Mechanismen der Überwachung und Sicherung von Verfassungsmäßigkeit stark auf das Verfassungsgericht als Sicherungsorgan und auf die Gesetzgebung als die staatliche Aktivität, gegen die die Verfassung vorrangig zu sichern ist. Dem entspricht, dass in Ungarn das Verfassungsgericht eine zentrale Rolle spielt und die Verfassungsbeschwerde nur gegen Rechtssätze gerichtet werden kann; das erklärt, wieso *Petrétei* z.B. die Exekutive fast vollständig aus dem Horizont der potenziell verfassungsverletzenden und damit zu kontrollierenden Staatsaktivitäten ausblendet und sich beim Institutionensystem von Überwachung und Schutz derart stark auf die Verfassungsgerichtsbarkeit konzentriert und andere, in Ungarn nicht so gut entwickelten Mechanismen nicht weiter erwähnt.

ZaöRV 70 (2010)

Auf diese Grundlagenkapitel folgen Untersuchungen zu den einzelnen zentralen Verfassungsinstitutionen: “Rechtsstaat und Gewaltenteilung”, “Souveränität und Machtausübung”, “Wahlen, Wahlrecht und Wahlsysteme”, “Staat und Staatsorganisation”, “Parlament”, “Regierung und Regierungssystem”, “Verfassungsgerichtsbarkeit”, “politische Parteien” und “Grundrechte”. Auch hier mischt sich der Anspruch auf Universalität mit einem wohl unbewussten Ausgehen von ungarischen Verhältnissen. In manchen Kapiteln – etwa über den Rechtsstaat – ist zudem der Einfluss deutschen Denkens stark spürbar. Spezifisch für Ungarn – oder präziser: für die Staats- und Verfassungslehre der gesamten ehemals sozialistischen Staaten – ist die starke Betonung von Souveränität. Ihr widmet *Petrétei* ein ganzes Kapitel, in dem entsprechend dem disparaten Diskussionsstand in Ungarn eine saubere Trennung von äußerer und innerer Souveränität nicht immer gelingt. Auch die Bezüge zu weiteren Verfassungsgrundsätzen wie Demokratie verschwimmen bisweilen.

Im Zusammenhang mit der Machtausübung behandelt *Petrétei* sowohl die repräsentativen als auch die direktdemokratischen Formen; bei letzteren beschränkt er sich ausdrücklich auf die in Ungarn vorhandenen Institute der Volksentscheide über Gesetze und kommunale Fragen, so dass dort unbekannte Formen, wie etwa das Verwaltungsreferendum, überhaupt nicht zur Sprache kommen. Bei den Regierungssystemen steht das parlamentarische im Mittelpunkt; demgegenüber werden das präsidentielle und das Mischsystem nur kurz und weitere Formen überhaupt nicht dargestellt. In manchen Kapiteln, wie etwa dem über die politischen Parteien, überwiegen die Darstellungen der politologischen und soziologischen Koordinaten stark die rechtlichen Aspekte.

In den Kapiteln über die Verfassungsinstitutionen fasst *Petrétei* im Wesentlichen den west- und mitteleuropäischen Diskussionsstand solide zusammen. Ihr Inhalt ist daher wenig kontrovers, auch wenn man dem Autor an einigen wenigen Stellen widersprechen oder zumindest nachhaken möchte. So wird bei der Diskussion der Vor- und Nachteile von Einheits- und Föderalstaat nicht begründet, warum zu den Vorteilen des Einheitsstaates die “Schnelligkeit der öffentlichen Verwaltung” gehört (S. 278) – zumal die Erfahrungen in Einheitsstaaten durchaus nicht eindeutig in diese Richtung weisen. An derselben Stelle fehlt bei der Diskussion der Nachteile eines Föderalstaates (S. 280) eines der wichtigsten Argumente, nämlich dass durch den systeminhärenten Zwang zur Zusammenarbeit und zum Kompromiss die politischen Verantwortlichkeiten nicht mehr klar erkennbar sind, was die demokratische Kontrolle erschwert.

Viele der Darstellungen von *Petrétei* erscheinen dem deutschen Juristen als Standardwissen. Dem entspricht, dass aus Klassikertexten immer wieder kürzere oder längere Zitate eingearbeitet werden. In Ungarn hingegen füllt das vorliegende Werk eine Lücke, denn eine derartige umfassende und zugleich fundierte Darstellung der wesentlichen Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates hat bislang in Ungarn gefehlt. In manchen Punkten betritt *Petrétei* für Ungarn Neuland, indem er Phänomene wie z.B. den Verfassungswandel behandelt, die bislang gar nicht oder nur ganz vereinzelt diskutiert werden und denen die noch immer stark normenpositivistisch arbeitende Verfassungsrechtswissenschaft eher mit Misstrauen begegnet. Dies erklärt auch, warum der Schwerpunkt in der Beschreibung und weniger in der Analyse oder in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Demokratietheorien oder rechtswissenschaftlichen Ansichten liegt. In der ungarischen Rechtswissenschaft fehlten bislang die Grundlagen. Das vorliegende Werk schafft genau diese Grundlagen in Gestalt einer zusammenhängenden, dogmatisch fundierten Beschreibung des Vorhandenen. Dies kann Ausgangspunkt einer kritischen Staatslehre werden, die sich mit allen von *Petrétei* angesprochenen Fragen des Verhältnisses von Demokratie und Verfassung vertieft beschäftigt.

*Herbert Küpper, München*